

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Datum: 24. September 2024
Ort: Hybride Sitzung (Camphausen-Saal der IHK Köln und MS Teams)
Zeit: 17:00–19:08 Uhr

Inhalt

Beschlussübersicht	4
Links	4
Begrüßung	5
TOP 1 Aktuelles	5
TOP 2 Politische Themen	7
2.1 Interessenvertretung auf NRW-Landesebene.....	7
2.2 Energie- und Wärmestrategie für NRW	8
2.3 Differenzierte Grundsteuerhebesätze in NRW	9
2.4 Gutachten „MIV-Grundnetz“ Köln.....	10
2.5 Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2025.....	11
TOP 3 IHK Köln	12
3.1 IHK Köln der Zukunft	12
3.2 Überarbeitung der Compliance-Richtlinie	13
3.3 Gremien.....	13
3.3.1 Bericht aus dem Wahlausschuss zur Vollversammlungswahl 2024.....	13
3.3.2 Nachberufungen.....	13
3.3.3 Berichte aus den Gremien.....	14
TOP 4 Sonstiges	14
4.1 Sponsoring der Landeskonzferenz 2025.....	14

Teilnehmende der Sitzung der Vollversammlung am 24. September 2024

An der Sitzung teilgenommen haben:

Mitglieder der Vollversammlung

Nadja Albrecht, Susan Appleton, Anton Bausinger, Prof. Katja Becker, Stefan Bisanz, Horst Johann Burrenkopf, Fred Arnulf Busen, Johannes Cramer, Birgit Dircks-Menten, Katharina Esser, Dr. Claudia Eßer-Scherbeck, Sylvia Fehn-Madaus, Carina Flosbach, Mike Gahn, Sven Gebhard, Tina Gerfer, Harald Goost, Marina Gouva, Bernhard Graner-Sommer, Dr. Nicole Grünewald, Jan Heitmann, Markus Hetzenegger, Heinz Peter Hinterecker, Mariska Hoffmann, Dr. Peter Huppertz, Bruno Joachim, Dorothee Junck, Ralf-Richard Kenter, Stephan Knichel, Frank Kofahl, Rainer Krauß, Dr. Michael Metten, Ralf Müller, Thomas Müller, Frank Oelschläger, Hendrik Pilatzki, Emitis Pohl, Jürgen Pütz, Christian Remmert, Peter Richarz, Jörn Richling, David Roth, Heribert Schamong, Johannes Schilling, Helmut Schmitz, Hans-Ewald Schneider, Diana Maria Schramm, Wolfgang Schwade, Melanie Schwartz-Mechler, Sven C. Sixt, Andreas Stamm, Prof. Sibylle Stürmer, Michael Volkmann, Prof. Dr. Christoph Willers, Astrid Windfuhr, Markus Wißkirchen

Gäste der Vollversammlung

Dr. Christina Behrens, Andreas Bettermann, Felix Binsack, Ralph Bombis, Oliver Dillenburger, Stephan Drouvé, Anke Eickhoff, Susanne Fabry, Annette Faust, Martin Finke, Sebastian Fränk, Dr. Bastian Franzkoch, Björn Griesemann, Dr. Ernst Grigat, Michael Kahnert, Sonja Kapalczynski, Pius Köder, Dr. Martin Küster, Dr. Andrea Maessen, Dr. Petra Mayer, Sandra Mortsiefer, Dr. Sarah Opitz, Rolf Ramacher, Seniha Sahin, Melina Schnirch, Ralf D. Scholz, Carsten Schwenecker, Karin Will, Marc Zimmermann

Hauptamt

Julia Deitermann, Gero Fürstenberg, Björn Gräff, Anke Greiling, Jennyfer Gringmuth, Mathias Härchen, Jörg Hausmann, Frank Hemig, Christopher Köhne, Stefanie Krieger, Detlef Kürten, Robert Leonards, Jörg Löbker, Petra Lohmann, Sandra Nickelsen, Virginia Pillmann, Dr. Tobias Rolfes, Michael Sallmann, Anissa Saysay, Jaana Schnell, Marko Siegesmund, Georg Sprenger, Dr. Uwe Vetterlein, Dirk Zacke

Nicht teilnehmen konnten:

Mitglieder der Vollversammlung

Dr. rer. pol. Wolfgang Beckers-Schwarz, Ute Biernat, Gerald Böse, Julia Braschoß, Bernhard Conin, Thorsten Derichsweiler, Julie Edelmann-Veith, Nadine Freialdenhoven, Prof. Dr. Werner Görg, Laura Günther, Stefanie Haaks, Anna Heller, Leon Heymann, Georg Holl, Jan Isenhöfer, Uwe Kessel, Franz Josef Khalifeh, Oliver Kleinjohann, Kolja Kolander, Prof. Dr. Clarissa Kurscheid, Roland Lenzing, Heinrich Lieser, Stefan Löcher, Hendrik Loll, Lothar Marschalleck, Susanne Merl, Karin Naujoks, Tarja Radler, Norbert Rolf, Dr. Thilo Schumacher, Thomas Schumacher, Dr. Arndt Selbach, Lionel Souque, Arved Stiller, Wilhelm Stollenwerk, Stephanie Terbrüggen, Dr. Christoph Tettinger, Timo von Lepel, Dr. Wilhelm von Moers, Dr. Sandra von Möller, Dr. Markus Wiedenmann, Ursula Wintgens, Sebastian Wolfram, Alexander Wüerst, Turadj Zarinfar, Claudia Zimmer, Ortrun Zipperlin, Andreas Zittlau

Ehrenmitglieder der Vollversammlung

Ehrenpräsident Paul Bauwens-Adenauer, Herbert Blank, Theodor Josef Greif, Dr. Hermann H. Hollmann, Claas Kleyboldt, Christian Kotz, Karl Kriegeskorte, Dirk Malmede, Prof. Manfred Maus, Franz Sauer

Hauptamt

Dr. Kristel Degener

Beschlussübersicht

Beschluss	Schlagwort
1	Energie- und Wärmestrategie für NRW
2	Differenzierte Grundsteuerhebesätze in NRW
3	„MIV-Grundnetz“ Köln
4	Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2025
5	Überarbeitung der Compliance-Richtlinie

Links

Website zur Vollversammlungswahl: <https://www.vv-wahl.de>

Berichte aus den Gremien: https://youtu.be/nzfZ9_4i4Fo?si=YYTzZo-0FCVsU5IQ

Begrüßung

Nicole Grünewald begrüßt die Mitglieder und Gäste der Vollversammlung an den Bildschirmen und im Camphausen-Saal – zum letzten Mal vor dem Umbau am alten IHK-Standort – und eröffnet die Sitzung. Sie macht auf die Broschüre „IHK Köln 2020–2024. Klar. Politisch. Engagiert.“ aufmerksam, die Einblicke in die Arbeit und Beschlüsse der Vollversammlung im Einsatz für die Wirtschaft gebe. Druckfrisch eingetroffen sei außerdem die aktuelle Sonderausgabe der IHKplus zur Wahl, die fristgerecht vor Versand der Wahlunterlagen auch alle Mitgliedsunternehmen erreichen würde. Zum ersten Mal sei neben der Briefwahl auch die Online-Wahl möglich.

Weiterhin verweist sie auf die Einladung zum voradventlichen Unternehmeressen des Netzwerks Mittelstand am 28. November 2024 in der Flora – mit einer Dinner-Speech von Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei, zum Thema „Zwischen Kunst und Handwerk: Die Bedeutung von Koordination und Kommunikation für das Vertrauen in Staat und Politik“. Zudem finde am 26. September 2024 der Frauen-Business-Tag statt, bei dem ausdrücklich auch Männer willkommen seien.

Da es zum Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 3. Juni 2024 keine Änderungsanträge gegeben hat, wurde das Protokoll nach Fristablauf im Internet veröffentlicht.

TOP 1 Aktuelles

Uwe Vetterlein begrüßt herzlich zur letzten Sitzung im historischen Camphausen-Saal und berichtet über aktuelle Themen seit der letzten Vollversammlungssitzung am 3. Juni 2024.

Ost-West-Achse

Seit rund 15 Jahren werde über das Thema Ost-West-Achse diskutiert – dreimal auch bereits in der Vollversammlung – und es sei an der Zeit, endlich die Entscheidung für eine Tunnellösung zu treffen. Er berichtet über die Veranstaltung „Verkehrswende nur mit Tunnel – Dialogforum Ost-West-Achse“ der IHK Köln am 3. September 2024, in der die Dezernenten Ascan Egerer und Markus Greitemann sowie Stadtdirektorin Andrea Blome ihre Positionen dargelegt und Rede und Antwort gestanden hätten. Andrea Blome etwa habe auf den von ihr verantworteten erfolgreichen Tunnelbau für die Wehrhahn-Linie in Düsseldorf verwiesen und an diesem Beispiel gezeigt, dass ein solches Projekt handwerklich gut gemacht erfolgreich umgesetzt werden könne. Auch in vielen anderen Städten seien U-Bahn-Projekte erfolgreich umgesetzt worden.

Viele Ratsfraktionen hätten anschließend die Gelegenheit wahrgenommen, ihre Haltung zu erläutern. Die politische Lage sei nach wie vor unübersichtlich. CDU und FDP hätten sich klar für die Tunnellösung ausgesprochen, während die SPD zwar für den Tunnel sei, gleichzeitig aber die oberirdische Lösung im Blick behalte. Die Fraktion der Grünen habe sich für die oberirdische Lösung ausgesprochen, ein Grund sei, dass diese Lösung schneller umgesetzt werden könne.

Die Handwerkskammer Köln habe sich am heutigen Tag erfreulicherweise nach bisher unentschiedener Haltung ebenfalls für die Tunnellösung ausgesprochen. **Uwe Vetterlein** unterstreicht noch einmal, dass die Tunnellösung nicht nur einen höheren Verkehrswert biete, sondern einen wichtigen Beitrag zur städtebaulichen Entwicklung leiste, inklusive einer Neugestaltung des Neumarkts.

Die oberirdische Lösung hingegen würde den Neumarkt zu einem Bahnhof mit vier Gleisen machen, auf denen sich die Züge im 60-Sekunden-Takt drängen würden. Viele Argumente der Tunnelgegner seien nicht faktenbasiert und sollen Ängste schüren.

Die für den 1. Oktober 2024 geplante Beschlussfassung im Rat der Stadt Köln sei verlegt worden und man erwarte nun eine Entscheidung im November.

Nicole Grünewald resümiert, dass am Thema der Ost-West-Achse das Grundproblem der Stadt Köln deutlich werde: Es sei bei vielen wichtigen Entscheidungen so, dass der Rat der Stadt Köln diese vertagen und stattdessen neue Prüfaufträge an die Verwaltung geben würde. Während andere entscheidungsfreudigere Städte sich stetig weiterentwickelten, kreise Köln seit Jahren um die gleichen Themen. Die IHK Köln habe während dieser Legislaturperiode im engen Kontakt zu allen Dezernentinnen und Dezernenten gestanden. Man treffe sich außerdem regelmäßig mit allen demokratischen Parteien, die wiederholt beteuerten, Entscheidungen voranbringen zu wollen. Doch die Ergebnisse seien nicht zufriedenstellend – und der nahende Wahlkampf werde die Entscheidungsfreude in der Politik sicherlich nicht beflügeln. Sie kündigt an, dass die IHK Köln auch in Zukunft stets zunächst das persönliche Gespräch mit Entscheiderinnen und Entscheidern aus Politik und Verwaltung suchen würde, sich dann aber auch offensiver und öffentlicher positionieren würde, um die Belange der Wirtschaft weiter voranzubringen.

In Bezug auf die Ost-West-Achse sei zu beobachten, dass die Tunnelgegnerinnen und -gegner sehr gut organisiert seien. Es würden immer wieder die gleichen irrationalen Vorurteile kommuniziert. Hier müsse man auch in der Öffentlichkeit mit Sachverstand dagegen argumentieren. Die Veranstaltung in der IHK sei sowohl in der Presse als auch in den Sozialen Medien erfolgreich verbreitet worden. Die IHK Köln sehe sich auch in der Frage Ost-West-Achse als „Fels in der Brandung“, diskutiere mit allen demokratischen Parteien auf Augenhöhe und arbeite weiter daran, noch in diesem Jahr eine Entscheidung herbeizuführen.

Geflüchtete in Arbeit bringen

Nicole Grünewald berichtet über die Fortschritte beim Thema „Geflüchtete in Arbeit bringen“. Hierzu habe es mehrere Veranstaltungen in der IHK Köln, in den Geschäftsstellen und in den Agenturen für Arbeit gegeben. In enger Zusammenarbeit mit Agenturen und den Jobcentern – mehrfach mit Speed-Datings, wie sie auch im Ausbildungsbereich erfolgreich durchgeführt würden. Bei einer SPD-Veranstaltung in Köln habe Andrea Nahles, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, im persönlichen Gespräch bestätigt, dass sie die Integration von Geflüchteten zur Chefsache gemacht habe. Es müsse unbürokratischere Lösungen geben, damit noch mehr Unternehmen Geflüchtete einstellen könnten.

Hier sei auch die tatkräftige Unterstützung der Wirtschaft gefragt, betont **Nicole Grünewald**. Sie ruft dazu auf, bei zu besetzenden Stellen Kontakt zu den Jobcentern und Arbeitsagenturen aufzunehmen, wo es mittlerweile eine Art Fast Lane für die Vermittlung Geflüchteter gebe und die bürokratischen Hürden so niedrig wie möglich gehalten würden.

Weniger problematisch sei die Arbeitsaufnahme für ukrainische Geflüchtete. Hier gehe es eher um Themen wie Kinderbetreuung und Unterbringung, die ebenfalls zeitnah gelöst werden müssten.

Die IHK Köln lade für den 2. Oktober 2024 zur Veranstaltung „Wohnungsbau – einfacher, schneller, günstiger, jetzt!“ ein. Deren Ziel sei es ebenfalls, bürokratische Hürden abzubauen und Lösungen für bezahlbaren Wohnungsbau in Köln zu entwickeln.

Neues Organigramm der IHK Köln

Auf dem Weg zu einer transparenten, schlanken IHK Köln gehe die Restrukturierung weiter, so **Nicole Grünewald**. Das vor einigen Jahren noch 23-seitige Organigramm passe nun auf eine Seite. Zu den Geschäftsbereichen Wirtschaft & Politik, Beratung & Service, Aus- & Weiterbildung, Organisationsentwicklung, Personal & Finanzen sowie den Geschäftsstellen Leverkusen/Rhein-Berg, Oberberg und Rhein-Erft käme nun der Geschäftsbereich Kommunikation, Marketing & Vertrieb hinzu.

Uwe Vetterlein erläutert, die IHK Köln wolle Kommunikation ganzheitlich betreiben, dazu gehöre auch Marketing und Vertrieb. Man wolle crossmedial von der Pressemeldung oder dem klassischen Magazin über Newsletter, Direktmailings, Website bis hin zu den Sozialen Medien zielgerichtet und konsistent kommunizieren. Je deutlicher sich die IHK Köln politisch positioniere, desto präziser und schlüssiger müsse sie auch kommunizieren. Daher seien die Bereiche Kommunikation, Marketing und Vertrieb zu einem Geschäftsbereich zusammengefasst worden. Das Präsidium sei dem Vorschlag des Hauptgeschäftsführers gefolgt, **Sandra Nickelsen** zur Leiterin dieses Geschäftsbereichs zu berufen.

Nicole Grünewald stellt **Sandra Nickelsen** der Vollversammlung vor. Sie nutzt die Gelegenheit, auch **Julia Deitermann** als neue Leiterin des Büros der Präsidentin und des Hauptgeschäftsführers vorzustellen.

TOP 2 Politische Themen

2.1 Interessenvertretung auf NRW-Landesebene

Nicole Grünewald wiederholt, dass die IHK Köln seit dem Austritt aus dem Verein IHK NRW e.V. die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen im Land direkt vertrete. Dazu seien zwei Stellen „Koordination Landespolitik“ besetzt worden: **Anissa Saysay** (CDU) sei seit dem 17. April 2024 bei der IHK Köln, **Marko Siegesmund** (SPD) seit dem 15. August 2024.

Anissa Saysay berichtet über ihre Aktivitäten seit ihrem Start. Sie führt aus, dass der Ausstieg aus dem Verein IHK NRW für die Mitgliedsunternehmen der IHK Köln die Chance eröffne, dass ihre Interessen direkt und ohne Umwege in der Landespolitik platziert würden. Sie habe in ihren Gesprächen mit den Landtagsabgeordneten wahrgenommen, dass der Verein IHK NRW dort nicht bekannt sei. Die Abgeordneten seien sehr interessiert daran, mehr über die Lage der Wirtschaft zu erfahren. Marko Siegesmund und sie arbeiteten gemeinsam mit dem Team Wirtschaft & Politik intensiv daran, die täglichen Herausforderungen der Unternehmen auch der NRW-Politik näher zu bringen. Basis für ihre Arbeit seien die Vollversammlungsbeschlüsse. Sie seien auch mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus dem IHK-Bezirk z. B. auf den Veranstaltungen der IHK Köln direkt in Kontakt, und es sei alarmierend, wie stark der Mittelstand unter den steigenden Energiekosten und bürokratischen Hürden leide. Die Rückmeldungen aus der Landespolitik zu den angesprochenen Themen seien durchweg positiv. Politische Entscheidungen würden allerdings häufig in informellen Runden vorbereitet. Daher würden nun relevante politische Akteure für die Interessenvertretung identifiziert, um sie gezielt anzusprechen.

Zugleich wirbt **Anissa Saysay** um das Engagement der Unternehmerinnen und Unternehmer der Vollversammlung in den sozialen Medien, um mehr Rückendeckung aus der Wirtschaft für relevante Themen zu bekommen. Die Sozialen Medien seien ein wichtiger Resonanzraum auch für die Politikerinnen und Politiker. Hier könne man Themen gut und für alle sichtbar setzen. Ihre Ziele für die kommenden Monate seien erstens die Stärkung der politischen Präsenz, zweitens die gezielte Interessenvertretung der Mitgliedsunternehmen und drittens der weitere Ausbau des Politik-Netzwerks.

Nicole Grünewald bestätigt, dass die IHK Köln auf landespolitischer Ebene in Düsseldorf nunmehr sehr präsent sei und sich die Netzwerke der neuen Verantwortlichen für die Koordination Landespolitik in unterschiedlichen politischen Parteien sehr gut ergänzten.

Hans-Ewald Schneider fragt, ob Anissa Saysay und Marko Siegesmund Mitglieder der CDU bzw. SPD seien und ob sich die IHK Köln diesen Parteien besonders widme. **Nicole Grünewald** bestätigt die Parteizugehörigkeit und ergänzt, dass man sich nicht nur auf diese beiden Parteien konzentriere, sondern zum Beispiel Marko Siegesmund sehr enge Kontakte auch zu FDP und Grünen pflege. Man sei von Seiten der IHK Köln auch offen, eine weitere Stelle „Koordination Landespolitik“ zum Beispiel mit einem Mitglied der Grünen zu besetzen.

2.2 Energie- und Wärmestrategie für NRW

Nicole Grünewald berichtet, dass zu Beginn der Sommerferien das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) den „Entwurf einer Energie- und Wärmestrategie“ veröffentlicht und eine Frist von zwei Wochen für Stellungnahmen gesetzt habe. Dies lege nahe, dass eine Stellungnahme von Seiten der IHK oder des Ausschusses Umwelt und Energie nicht gewünscht gewesen sei. Man habe jedoch per Umlaufverfahren alle Hebel in Bewegung gesetzt und rechtzeitig zu dem Papier Stellung bezogen.

Uwe Vetterlein erläutert die Einschätzung der IHK Köln. Diese habe ergeben, dass das vorgelegte Papier keine Strategie, sondern lediglich eine Sammlung von Ideen und Einzelmaßnahmen sei. Einen wirklichen Plan gebe es nicht.

Die wesentlichen Kritikpunkte seien:

- Unklare Umsetzung: Im Entwurf fehlten konkrete Umsetzungspläne für den Umbau der Energiesysteme in den nächsten zehn Jahren. Darauf seien die Unternehmen aber angewiesen.
- Unrealistische Ziele: Es werde weiterhin am Kohleausstieg 2030 festgehalten, obwohl wesentliche Voraussetzungen fehlten.
- Versorgungslücke: Der geplante Zubau an Erzeugungskapazitäten reiche nicht aus, um den zukünftigen Energiebedarf zu decken. Das gefährde die Versorgungssicherheit und verteuere alles noch zusätzlich.
- Fehlende Planungssicherheit: Es gebe kaum Aussagen zu den Verteilnetzen für Gas und Wasserstoff. Das verunsichere insbesondere die mittelständischen Unternehmen außerhalb der Ballungszentren.
- Auf den Bund geschoben: Lösungen für die hohen Energiepreise, die Finanzierung des Netzausbaus und die Finanzierung der notwendigen Gaskraftwerke würden auf den Bund geschoben, statt eigene Ansatzpunkte zu entwickeln.

Das Präsidium habe deshalb das Fazit gezogen, dass der Entwurf zu vage bleibe und zu viele Fragen offenlasse, die in einer Strategie hätten beantwortet werden müssen.

Die IHK Köln fordere eine klare und nachvollziehbare Strategie, damit Unternehmen planen und Investitionsentscheidungen für ihre Standorte in der Region treffen könnten. Dies solle die Vollversammlung deutlich einfordern.

Nicole Grünewald fährt fort, dass die IHK Köln genau diese Strategie verlange, seit sie vor rund anderthalb Jahren den Reviertag nicht unterschrieben habe. Ministerin Mona Neubaur habe damals angekündigt, der Vollversammlung die Strategie „im Sommer“ persönlich vorzustellen, doch liege bis heute keine ernsthafte Strategie vor. Auch darauf würden die Koordinatoren Landespolitik der IHK Köln in Düsseldorf hinwirken. Sie betont, dass die Wirtschaft bereit sei, die Klimatransformation mitzugehen, dafür aber eine klare Strategie und Investitionssicherheit brauche. Sie verliest den Beschlussvorschlag und erkundigt sich nach Fragen oder Ergänzungen.

Claudia Eßer-Scherbeck wirft die Frage auf, ob die Landesregierung weiterhin die richtige Adresse für dieses Thema sei oder nicht eher der Bund und auch die Kommunen. Der notwendige Ausbau der Netze führe – wie man in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie von der Rheinischen NETZGesellschaft RNG erfahren habe – zu enormen, belastenden Langzeit-Baustellen im Kölner Raum. Sie schlägt vor, Einfluss auch auf solche lokalen Auswirkungen auszuüben.

Uwe Vetterlein bestätigt, dass die Landesregierung an vielen Stellen auf die Bundesregierung verweise. In Berlin sei deshalb auch die DIHK aktiv. Die Landesregierung habe aber selbstverständlich unmittelbaren Einfluss auf den Braunkohletagebau, die Planung und Finanzierung der Verteilnetze und könnte den Ausbau im Schulterschluss mit kommunalen Netzbetreibern wesentlich besser vorantreiben. Für die möglicherweise notwendige Verlängerung des Braunkohleabbaus bräuhete es wegen der langen Vorlaufzeiten bereits jetzt die Vorbereitung einer neuen „Leitentscheidung“ der Landesregierung. Diese könne und müsse auch Einfluss auf die Kraftwerkstrategie des Bundes nehmen. **Nicole Grünewald** ergänzt, dass sich das Land NRW durch die

Vereinbarung des frühzeitigen Kohleausstiegs 2030 mit RWE selbst aufs Spielfeld gebracht habe und daher nicht außen vor gelassen werden dürfe.

Ernst Grigat erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Gespräche mit RWE. Er habe bei einer öffentlichen Tagebautour vor zwei Tagen erfahren, dass RWE technisch nicht in der Lage sei, nach 2030 zu fördern. **Uwe Vetterlein** bestätigt, dass dies nach aktuellen Planungen so sei, und dass es nach Aussagen des Vorstandsvorsitzenden von RWE nicht auszuschließen sei, dass RWE sogar vor 2030 aus der Braunkohle aussteige. RWE stelle sich als Konzern nachhaltig im Sinne der EU-Taxonomie auf. Auch deswegen müsse man jetzt und nicht erst 2026, wie im ursprünglichen Kohlekompromiss vorgesehen, die Planungen überprüfen.

Frank Oelschläger berichtet, dass er Ende August einen Termin bei Ministerin Mona Neubaur wahrgenommen habe. Bereits vor vier Jahren seien Handel und Logistik gefragt worden, welche Rahmenbedingungen für eine erhöhte Installation von Photovoltaikanlagen nötig seien. Ergebnis: Es werde viel mehr Speicherkapazität sowohl für Haushalte als auch für die Industrie benötigt. Als Beispiel führt er Ladestationen für Lkw an. Kapazitäten müssten dann abrufbar sein, wenn man sie brauche. Dieses Thema würde jedoch unterschätzt, es gebe auch hier kein klares Ziel und kein Konzept. Die Lösung werde auf die Industrie geschoben, obwohl zuerst die Regierung die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen müsse.

Nicole Grünewald bestätigt dies und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BESCHLUSS 1

Die Vollversammlung der IHK Köln stellt fest, dass mit dem vorgelegten Entwurf für eine Energie- und Wärmestrategie keine Klarheit über Inhalt und Zeitplan für die Transformation der Energiesysteme geschaffen wird. Die Unternehmen müssen jedoch dringend wissen, wann und wo in den nächsten zehn Jahren Strom, Wasserstoff oder doch Gas jeweils zu welchen Preisen zur Verfügung stehen. Die Vollversammlung fordert die Landesregierung auf, die Strategie klarer und nachvollziehbarer zu fassen und realistische und verbindliche Ziele und Wege für den Umbau der Energieversorgung zu ergänzen. Die Wirtschaft ist kein Reallabor für klimapolitische Feldversuche.

Ja: 45

Enthaltung: 1

Nein: 0

2.3 Differenzierte Grundsteuerhebesätze in NRW

Uwe Vetterlein erläutert, dass bereits 2018 das Bundesverfassungsgericht die bisherige Besteuerung von Grundstücken und Häusern in Deutschland für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber eine Frist zur Neuregelung bis Ende 2019 eingeräumt habe. Der Bund sei dem nachgekommen und habe Ende 2019 ein neues Grundsteuergesetz beschlossen, den Ländern aber erlaubt, abweichende eigene Gesetze zu beschließen. Nordrhein-Westfalen habe von dieser Öffnungsklausel keinen Gebrauch gemacht. Als Folge der Gesetzesänderung seien Millionen von Grundstücken und Gebäuden neu bewertet worden, damit 2025 die Berechnungen auf neuer Grundlage erfolgen könnten.

Erwartungsgemäß habe die Neubewertung aller Grundstücke zu erheblichen Problemen geführt, und es bestehe die Sorge, dass sich eine Verschiebung des Grundsteueraufkommens zulasten der Wohngrundstücke ergebe. Um das zu vermeiden, habe das Land NRW vor der Sommerpause schnell ein Gesetz verabschiedet, das es den Kommunen ermögliche, für Wohngrundstücke und Gewerbegrundstücke unterschiedliche Hebesätze festzulegen. Der Hebesatz für Gewerbegrundstücke müsse mindestens so hoch sein wie der für Wohngrundstücke.

Die IHK Köln wirke zurzeit auf die Kommunen ein (Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Kämmerinnen, Kämmerer und Fraktionsvorsitzende), bei einem einheitlichen Grundsteuerhebesatz zu bleiben. Alles andere würde Nachteile für Unternehmen bedeuten.

Das Problem sei jedoch viel größer: Denn schon der an den Grundstückswerten orientierte Ansatz des Bundesgesetzgebers sei falsch gewesen. Deshalb hätten sieben Bundesländer eigene Gesetze erlassen. NRW leider nicht. Bayern habe weitestgehend auf ein reines Flächenmodell gesetzt: Maßstab sei hier die Grundstücksgröße.

Es werde immer deutlicher, dass das von NRW übernommene Bundesmodell zu Schwierigkeiten führe:

- Sehr hoher Aufwand für die Ermittlung der Werte (Messbeträge)
- Hohe Zahl an Einsprüchen und Klagen gegen Messbeträge
- Geringe Akzeptanz
- Politisch unerwünschtes Verteilungsergebnis
- Weitere Fehlentwicklungen durch den gesplitteten Hebesatz zulasten der Unternehmen
- Neue verfassungsrechtliche Bedenken

Nicole Grünewald fasst zusammen, dass das Präsidium der Vollversammlung daher empfehle, Landesregierung und Landtag aufzufordern, zu einem Flächenmodell nach bayerischem oder baden-württembergischem Vorbild zu wechseln.

Sie verweist auf die zur Verfügung gestellten Links zu den präferierten Flächenmodellen in Bayern und Baden-Württemberg, erkundigt sich nach Fragen und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Link zum Flächenmodell Bayern: <https://www.grundsteuer.bayern.de>

Link zum Flächenmodell Baden-Württemberg: <https://finanzamt-bw.fv-bwl.de/Grundsteuer-neu>

BESCHLUSS 2

Die Vollversammlung der IHK Köln fordert die Landesregierung und den Landtag auf, möglichst zeitnah das in der Praxis untaugliche Bundesmodell zur Berechnung der Grundsteuer durch ein eigenes Flächenmodell ähnlich dem der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg zu ersetzen.

Ja: 48

Enthaltung: 1

Nein: 0

2.4 Gutachten „MIV-Grundnetz“ Köln

Nicole Grünewald berichtet, dass die Stadt Köln ein „MIV-Grundnetz“ vorgelegt habe, bei dem vorhandene Verkehrsdaten nicht berücksichtigt worden seien. Die Vollversammlung habe deshalb am 19. März 2024 beschlossen, ein unabhängiges Gutachten zum „MIV-Grundnetz“ in Auftrag zu geben. Mit dem Gutachten sei die PTV Transport Consult GmbH beauftragt worden, die über die notwendige Expertise und die erforderlichen Verkehrsdaten verfüge. Die Ergebnisse lägen mittlerweile vor:

- Das von der Stadt Köln vorgelegte „MIV-Grundnetz“ weise erhebliche Lücken in den Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen auf beiden Rheinseiten auf. Das „Grundnetz“ sei deshalb für die Erreichbarkeit der Stadt mit Auto und Lkw nicht ausreichend
- Die Leistungsfähigkeit der Straßen des „MIV-Grundnetzes“ reiche nicht aus. Dies würde zu weiteren Staus führen. Verlagerungseffekte im Gesamtnetz seien nicht berücksichtigt worden
- Das „MIV-Grundnetz“ sei zu 80 % deckungsgleich mit dem „Radhauptnetz“ der Stadt Köln, dies führe zu Nutzungskonflikten

Uwe Vetterlein zeigt anhand einer Karte Lücken im „MIV-Grundnetz“ der Stadt Köln, beispielsweise in der Innenstadt in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung oder im Bereich Mülheim-Dünnwald. Er präsentiert die notwendigen Ergänzungen und zu überprüfenden Bereiche, wie zum Beispiel im Kölner Süden, und visualisiert die Überlagerungen von „Radhauptnetz“ und „MIV-Grundnetz“.

Nicole Grünewald definiert auf Nachfrage von **Ralf D. Scholz** die Abkürzung MIV als „motorisierten Individualverkehr“ und stellt die Empfehlungen der PTV Transport Consult GmbH vor:

- eine deutliche Erweiterung des „MIV-Grundnetzes“
- Nachweise für die Leistungsfähigkeit jedes Straßenabschnitts des Grundnetzes
- Lösungen für die Konflikte zwischen „MIV-Grundnetz“ und „Radhauptnetz“
- einheitliche bauliche Standards für die Straßen des Grundnetzes
- weitere Untersuchungen insbesondere bezogen auf den Wirtschaftsverkehr

Sie verliest den Beschlussvorschlag, erkundigt sich nach Fragen und stellt diesen zur Abstimmung.

BESCHLUSS 3

Die Vollversammlung der IHK Köln fordert den Rat der Stadt Köln auf, das von der Verwaltung vorgelegte „MIV-Grundnetz“ zur grundlegenden Überarbeitung zurückzuverweisen. Fehlende Teile müssen ergänzt, die Netzwerke einzelner Maßnahmen geprüft, die Leistungsfähigkeit der Straßen im Grundnetz untersucht und die erkennbaren Konflikte zwischen „MIV-Grundnetz“ und „Radhauptnetz“ gelöst werden.

Ja: 43

Enthaltung: 4

Nein: 0

2.5 Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2025

Nicole Grünewald informiert, dass die Arbeit an den Wahlprogrammen für die Kommunalwahl 2025 bei den Parteien bereits in vollem Gange sei. Es sei das Ziel der IHK Köln, bei den kommenden Wahlen auf die politischen Parteien sowohl bei der Formulierung der Wahlprogramme als auch bei den späteren Bündnisverhandlungen im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen einzuwirken. Die vorliegenden Wahlprüfsteine knüpfen inhaltlich und thematisch an die Wahlprüfsteine aus 2020 an, ergänzt um aktuelle Themen aus den politischen Ausschüssen. Wichtig sei bei den Wahlprüfsteinen, dass sie komprimiert und unmissverständlich seien. Ziel müsse es sein, dass die demokratischen Parteien Teile daraus in ihre eigenen Programme übernehmen.

Für alle Regionen der IHK Köln, in diesem Fall auch separat für Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis, seien aufgrund spezifischer Herausforderungen eigene Wahlprüfsteine erarbeitet worden. Alle Wahlprüfsteine würden in den persönlichen Gesprächen sowie in den Wahlforen vor Ort bei Bedarf weiter individualisiert. **Nicole Grünewald** erkundigt sich, ob es Ergänzungen oder Anmerkungen gebe. Dies ist nicht der Fall. Sie bedankt sich bei den Gremien für die sehr gute Erarbeitung der Wahlprüfsteine und stellt diese zur Abstimmung.

BESCHLUSS 4

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Wahlprüfsteine in der vorgelegten Form.

Ja: 39

Enthaltung: 5

Nein: 0

TOP 3 IHK Köln

3.1 IHK Köln der Zukunft

Georg Sprenger berichtet als Projektleiter der IHK Köln über den Stand des Bauprojekts „IHK Köln der Zukunft“.

- Planungsstand: Der Bauantrag sei am 30. April 2024 abgegeben worden, seither fänden Abstimmungsgespräche mit dem Bauamt und der Denkmalpflege über einzelne Sachverhalte statt. Die Entwurfsplanung sei so weit fortgeschritten, dass daraus ein funktionales Leistungsverzeichnis für die GU-Ausschreibung erstellt werden könne. Der Abgabetermin für die Entwurfsplanung sei das Jahresende.
- Ausschreibung für Generalunternehmerleistungen: Mit Unterstützung eines externen Dienstleisters würden aktuell die Unterlagen für die GU-Ausschreibung noch im September fertiggestellt.
- Umzug ins Interim Unter Sachsenhausen 5–7 (ehemals Commerzbank): Die Übergabe des Objektes sei am 13. September 2024 erfolgt. Nach kleineren Umbauten erfolge der Umzug ab dem 16. Oktober 2024. Die IHK Köln werde durchgängig erreichbar sein. Die Mitarbeitenden des IHK-Bildungszentrums in der Eupener Straße zögen zum Jahresende 2024 ebenfalls ins Interim.
- Denkmalschutz: Die denkmalgeschützten Bauteile im Börsensaal seien bereits ausgebaut und eingelagert, der Ausbau der Bauteile im Camphausensaal erfolge nach dieser Vollversammlungssitzung.
- Weiterer Bauablauf: Am 28. Oktober 2024 beginne die Baustelleneinrichtung mit Gerüst, Containern etc. Ab dem 15. November 2024 beginne die Schadstoffsanierung und Entkernung.
- Finanzierung: Mithilfe der NRW-Bank und eines spezialisierten Dienstleisters seien die Fördermöglichkeiten ausgewertet und erste Anträge gestellt worden. Erste Zusagen lägen vor. Die Kreditinstitute seien zu Angeboten für die Fremdfinanzierung aufgefordert worden.

Georg Sprenger präsentiert die Fassadengestaltung sowie den offenen und einladenden Eingangsbereich, der für eine transparente IHK Köln stehe. Anhand eines Grundrisses beschreibt **Nicole Grünewald** die Verbindung der denkmalgeschützten Bereiche wie des Börsensaals mit den neuen Veranstaltungsflächen sowie Café- und Gastronomiebereich im Erdgeschoss. Dieser Entwurf greife die lange Tradition der IHK Köln auf und setze zugleich neue, moderne Akzente.

Birgit Dircks-Menten erkundigt sich nach der Planungssicherheit bezüglich der Baugenehmigung im März sowie nach der laufenden GU-Ausschreibung. **Georg Sprenger** erläutert, dass es dank der engen Abstimmung mit der Stadt seit der Einreichung des Bauantrags im April 2024 keinerlei Hinweise darauf gebe, dass der Zeitplan nicht zu halten sei. Inhaltlich sei der Genehmigungsprozess vor sieben Jahren bereits einmal durchlaufen worden, deshalb sei von der Genehmigungsfähigkeit des Projektes auszugehen. Dennoch sei für alle Fälle ein halbes Jahr zeitliche Reserve eingeplant. Nach Fertigstellung einer Funktionalleistungsbeschreibung noch im Lauf der Woche könne Anfang Oktober die Ausschreibung stattfinden. Deren Ergebnis sei dann die Festlegung auf ein Generalunternehmen.

In Reaktion auf Nachfragen im Vorfeld der Vollversammlungssitzung sagt **Nicole Grünewald**, dass die historische Schänke aufgrund der notwendigen Nivellierung des Erdgeschosses nicht erhalten werden könne. Als kleine Reminiszenz an vergangene Zeiten werde man den Abend nach der Sitzung ein letztes Mal dort ausklingen lassen. Sie bedankt sich bei Projektleiter Georg Sprenger, bei allen Mitgliedern der Vollversammlung, dem Präsidium und dem Umzugsteam des Hauptamts für ihren Einsatz.

3.2 Überarbeitung der Compliance-Richtlinie

Nicole Grünewald erklärt, dass die Compliance-Richtlinie aus dem Jahr 2014 an neue Entwicklungen angepasst und sprachlich überarbeitet worden sei. Die neue Fassung orientiere sich an der Musterrichtlinie der DIHK. Außerdem seien das in der IHK Köln erarbeitete und beschlossene „Leitbild ehrbares Unternehmertum“ und die neuen gesetzlichen Vorschriften über externe Meldewege berücksichtigt worden.

Da es keine Fragen gibt, stellt sie die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

BESCHLUSS 5

Die Vollversammlung der IHK Köln stimmt der überarbeiteten Compliance-Richtlinie zu.

Ja: 45

Enthaltung: 2

Nein: 0

3.3 Gremien

3.3.1 Bericht aus dem Wahlausschuss zur Vollversammlungswahl 2024

Nicole Grünewald teilt mit, dass die Vorbereitungen zur Vollversammlungswahl planmäßig verliefen. Die Wahlunterlagen würden Ende September versandt. Die Wahl fände vom 1. Oktober 2024 bis zum 4. November 2024 statt. Die Auszählung der Stimmen fände am 7. November 2024 statt.

125 Kandidierende würden sich auf 92 Plätze bewerben. Nachdem die Kandidierendenliste vorab im Internet unter <https://ihk-koeln.de> veröffentlicht worden sei, gebe es jetzt auch eine eigene Website der IHK Köln zur Wahl unter: <https://www.vv-wahl.de>.

Michael Pfeiffer, Vorsitzender des Wahlausschusses, stellt sich und sein Team vor und bedankt sich für das ausgesprochene Vertrauen und die gute Zusammenarbeit. Er stellt die Funktionen des Wahlausschusses vor. So berufe der Wahlausschuss das Wahlorganisationsteam, setze die Wahlfristen und stelle die Liste der Wahlberechtigten fest, prüfe Wahlvorschläge, prüfe die Liste der Kandidierenden und mache sie öffentlich bekannt und stelle das Wahlergebnis fest. Die Sitzungen des Wahlausschusses hätten alle nach Plan stattgefunden, auch bei der Wahl selbst verlaufe alles planmäßig.

Er ergänzt den von Nicole Grünewald skizzierten Ablauf um den Hinweis auf die Konstituierende Sitzung der Vollversammlung im Januar 2025.

Auf Nachfrage von **Annette Faust** erläutern **Michael Pfeiffer** und **Frank Hemig**, dass 92 Kandidierende direkt in die Vollversammlung gewählt würden und die Vollversammlung weitere bis zu 15 Mitglieder kooptieren könne. **Nicole Grünewald** bedankt sich für die Arbeit des Wahlausschusses und des Wahlteams.

3.3.2 Nachberufungen

Nicole Grünewald informiert, dass das Präsidium in seiner Sitzung am 4. September 2024 folgende Personen als neue Gremienmitglieder berufen habe:

In den **Ausschuss für Mobilität**:

- Stefan Schneider, Geschäftsführer der LAMICA GmbH, Humboldtstraße 21–23, 50676 Köln

In den **Ausschuss für Wirtschaftspolitik**:

- Melina Schnirch, Geschäftsführerin der RST Handels GmbH Schnirch, Albert-Einstein-Ring 13, 50374 Erftstadt

- Carina Straub, Geschäftsführerin der AA Abfluss-AS GmbH, Vor den Siebenburgen 38–42, 50676 Köln

In die **Beratende Versammlung Rhein-Berg**:

- Thomas Büscher, Vorstandsvorsitzender der VR Bank Bergisch Gladbach-Leverkusen eG, Hauptstraße 186, 51465 Bergisch Gladbach

3.3.3 Berichte aus den Gremien

Die Berichte aus den Gremien werden in Video-Statements präsentiert und sind unter folgendem Link abrufbar: https://youtu.be/nzfZ9_4i4Fo?si=YYTzZo-OFCVsU5IQ

Nicole Grünewald bedankt sich herzlich bei allen Gremienmitgliedern für ihren Einsatz und die sehr gute Arbeit für die Wirtschaft in unserem IHK-Bezirk.

TOP 4 Sonstiges

Nicole Grünewald erkundigt sich bei den Mitgliedern der Vollversammlung nach weiteren aktuellen Themen. Dann übergibt sie das Wort an die Wirtschaftsjuvenen.

4.1 Sponsoring der Landeskonferenz 2025

Melina Schnirch und **Pius Köder** stellen sich vor und kündigen an, dass vom 16. bis 18. Mai 2025 die Landeskonferenz der Wirtschaftsjuvenen NRW in Köln unter dem Motto „Jemeinsam. Nachhaltig. Netzwerken“ stattfinden werde. Sie präsentieren die Inhalte der Landeskonferenz, die neben der Förderung von politischen und wirtschaftlichen Themen auf den Dialog zu gesellschaftlichen und sozialen Fragestellungen setze und handelnde Personen aus den Bereichen Unternehmertum, Wirtschaft und Politik miteinander vernetzen wolle. Sie stellen Kooperationsmöglichkeiten für interessierte Unternehmen vor. Mehr Informationen gibt es auch unter <https://lako-2025.de>

Nicole Grünewald bedankt sich bei den Wirtschaftsjuvenen und sagt, sie würde sich trotz wirtschaftlich herausfordernder Situation freuen, wenn die Unternehmen die Wirtschaftsjuvenen bei der Finanzierung der Landeskonferenz unterstützen würden.

Da keine weiteren Themen eingebracht werden, kündigt **Nicole Grünewald** die Winter-Sitzung der Vollversammlung am 10. Dezember 2024 an, die erstmalig im Interimsgebäude stattfinden werde. Sie freue sich, viele Mitglieder auch beim Frauen-Business-Tag am 26. September 2024 und beim voradventlichen Unternehmeressen des Netzwerks Mittelstand am 28. November 2024 mit Minister Liminski wiederzusehen.

Nicole Grünewald schließt die Sitzung um 19:08 Uhr und bedankt sich bei den Mitgliedern, den Gästen und Kandidierenden herzlich für die Teilnahme und die klaren Abstimmungsergebnisse. Sie wünscht eine gute Wahl, verabschiedet die Teilnehmenden an den Bildschirmen und lädt alle Anwesenden zum gemeinsamen Ausklang in der Schänke ein.

Köln, 15. Oktober 2024



Dr. Nicole Grünewald
Präsidentin der IHK Köln



Dr. Uwe Vetterlein
Hauptgeschäftsführer der IHK Köln



Julia Deitermann
Protokollantin